



CDU Fraktion
Kreistag Unna

Haushaltsrede 2024

des Vorsitzenden der
CDU-Fraktion
im Kreistag des Kreises Unna

Marco Morten Pufke

gehalten am 12. Dezember 2023

Es gilt das gesprochene Wort!

Fraktionsvorsitzender:
Marco Morten Pufke

Kontakt:
Friedrich-Ebert-Str. 17, 59425 Unna
Tel. 02303 / 27 – 2605
info@cdu-kreistagsfraktion-unna.de
www.cdu-kreistagsfraktion-unna.de

Bürozeiten:
Mo. – Fr. 09.00 Uhr – 12.00 Uhr
Gespräche nach Vereinbarung

Sehr geehrter Landrat Löhr,
sehr geehrter Kreisdirektor Janke,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind mit einer Häufung von Krisen konfrontiert: die ungesteuerten Migrationsbewegungen nach Europa, die Nachbeben der Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine infolgedessen steigende Energiepreise und allgemeine Inflation, die einbrechende Konjunktur – nun noch der schreckliche Terrorangriff der islamistischen Hamas auf Israel.

Die Folgen dieser Krisen und ihre Auswirkungen bekommt auch die kommunale Familie zu spüren. Die kommunalen Haushalte geraten immer mehr unter Druck.

Und auch wenn man unter diesem Druck geneigt ist, der Versuchung zu erliegen, die pandemie- und kriegsbedingten Schäden umfassend zu isolieren und in die Zeit zu schieben, ist Kreiskämmerer Mike-Sebastian Janke mit diesem Instrument maßvoll umgegangen. Gut so!

Um diesen Ansatz zu flankieren, hat dieser Kreistag auf Antrag der CDU-Fraktion in den vorangegangenen Haushaltsplanberatungen beschlossen, im Sinne der Generationengerechtigkeit den zeitlichen Rahmen, den das entsprechende Landesgesetz bietet, nicht auszuschöpfen.

Wir begrüßen es deshalb ausdrücklich, dass der Kreiskämmerer die vollständige Auflösung der Isolierung in Höhe von 8,19 Mio. Euro in der mittelfristigen Finanzplanung bereits für das Jahr 2025 vorsieht.

Vollumfängliche Zustimmung der CDU-Kreistagsfraktion zu diesem Vorhaben.

Und da wir gerade bei zustimmungsfähigen Inhalten sind. Die Rede des Kämmerers zur Einbringung des Haushaltes 2024 enthielt einige Punkte, die in den Reihen der CDU sehr positiv aufgenommen wurden.

Die Höhe des Verbundsteuersatzes wird seit dessen Absenkung unter Ministerpräsident Johannes Rau von der kommunalen Familie regelmäßig und zu Recht kritisiert – übrigens unabhängig von der herrschenden Farbenlehre im Düsseldorfer Landtag. Auch die Forderung, das Dickicht an Fördertöpfen zu lichten oder zumindest die vielfach unnötig komplizierten Förderrichtlinien deutlich zu vereinfachen findet unsere Zustimmung.

Die Verantwortung des Bundes bei der Finanzierung der Eingliederungshilfe als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wurde vom Kreiskämmerer ebenfalls angesprochen. Es ist gut, dass Ministerpräsident Hendrik Wüst im September diesen Jahres die Initiative ergriffen und für das Land Nordrhein-Westfalen einen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht hat, der eine stärkere Beteiligung des Bundes bei den Kosten der Eingliederungshilfe fordert. Man muss wissen, dass seit Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes im Jahr 2018 die Kosten der Eingliederungshilfe jährlich um 1,2 Mrd. Euro gestiegen sind. Die vom Bund zur Verfügung gestellten 5 Mrd. Euro reichen schon lange nicht mehr aus. Ziel ist eine Steigerung auf 10 Mrd. Euro jährlich und eine Dynamisierung.

Das wäre dann eine echte und nachhaltige Entlastung für die kommunale Familie. Nachhaltiger übrigens als ein Schuldenschnitt, der die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen nicht beseitigt und bekanntlich bereits in NRW außerhalb des Ruhrgebietes und einiger sozialdemokratisch dominierter Großstädte nicht nur Freunde hat.

Allgemein wäre der kommunalen Familie und damit auch dem Kreis Unna ein gutes Stück geholfen, wenn auf allen staatlichen Ebenen das Konnexitätsprinzip, also das einfache Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ eingehalten würde.

Das gilt insbesondere – ich wiederhole mich – für die sozialen Wohltaten, die Woche um Woche im Deutschen Bundestag beschlossen werden.

In diesem Zusammenhang müssen wir dringend die Finanzierung des Deutschland-Tickets im Auge behalten. Eine Einigung zwischen Bund und Ländern besteht bis Mai 2024. Aber was dann?

Das Szenario, dass sich neben der RVR-Umlage und der LWL-Umlage eine dritte Umlage – nämlich eine NWL-Umlage – etabliert, ist nicht ausgeschlossen.

Ich habe schon mehrfach davor gewarnt. Wir müssen an dieser Stelle sehr wachsam sein.

Meine Damen und Herren,

das Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 beinhaltet erneut Zuweisungen auf Rekordniveau mit insgesamt 15,34 Milliarden €.

Ein Ausweis der kommunalfreundlichen Politik der schwarz-grünen Landesregierung und unserer Kommunalministerin Ina Scharrenbach.

Gleichwohl nehmen die Belastungen weiter zu. Die Eingliederungshilfe habe ich bereits benannt. Hinzu kommen die Kosten für die Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten. Auch hier wird die kommunale Familie von der Bundesregierung weitgehend im Regen stehen gelassen. Pro Flüchtling benötigten die Kommunen im Durchschnitt 20.000 Euro pro Jahr. Der Bund stellt aber gerade einmal 7.500 Euro zur Verfügung.

Dann noch die historisch hohen Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst, die wir jedem Mitarbeiter persönlich gönnen
– das alles schlägt voll auf die kommunalen Haushalte durch.

Einen kleinen Seitenhieb kann ich mir an dieser Stelle nicht verkneifen. Dass Landrat Mario Löhr, die Tarifforderungen von Verdi öffentlichkeitswirksam unterzeichnet, hat ihm in der Belegschaft wahrscheinlich Applaus eingebracht. Von seinen Landratskollegen in Westfalen wurde die Unterstützung für die Forderung der Gewerkschaft mit Kopfschütteln und hochgezogenen Augenbrauen quittiert. Ein Leserbriefschreiber hat dazu im Hellweger Anzeiger festgestellt – ich zitiere: „Der Landrat hat seine Rolle nicht verstanden.“

Meine Damen und Herren,

die beschriebenen Belastungen für unsere kommunalen Haushalte, können wir nicht oder nur sehr eingeschränkt beeinflussen – das ist wahr. Wahr ist aber auch, dass uns das nicht aus der Verantwortung entlässt, in unserer Zuständigkeit das Notwendige zu tun.

Deshalb ist das Schreiben der Kämmerer und die damit einhergehende Öffentlichkeitsarbeit von uns mit großem Wohlwollen aufgenommen worden. Der Ball lag damit im Spielfeld des Landrates und dieser hat ihn aufgenommen.

Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten, sind strukturelle Änderungen notwendig, über die der Kreis mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sprechen muss – aber auch die zehn kreisangehörigen Kommunen untereinander. Interkommunale Zusammenarbeit ist keine Einbahnstraße, sondern erfordert den Willen zur Kooperation. Interkommunale Zusammenarbeit bedeutet geben und nehmen. Darüber hinaus muss das Wünschenswerte vom Notwendigen unterschieden werden. Das sollte hier im Kreis eigentlich unter dem Banner der Wirkungsorientierten Steuerung erfolgen, leider ist daraus nichts geworden. Die Wirkungsorientierte Steuerung existiert nur noch auf dem Papier. Sie ist am Unwillen der Spitze der Kreisverwaltung und weiten Teilen dieses Kreistages gescheitert Prioritäten zu setzen.

Die anstehenden Gespräche mit den zehn Kämmerern sind also von großer Bedeutung. Aufgaben, Strukturen und Standards müssen kritisch beleuchtet und Einsparpotentiale aufgezeigt werden – nicht gegeneinander, sondern in einem kollegialen Miteinander.

Ganz im Sinne von Sepp Herberger: „Elf Freunde müsst ihr sein!“

Das Schreiben der Kämmerer wartet nicht mit bahnbrechenden neuen Erkenntnissen auf, ist aber in der Deutlichkeit durchaus bemerkenswert. Es sind viele Forderungen enthalten, die auch die CDU-Kreistagsfraktion in den vergangenen Jahren immer wieder vorgetragen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

konkret bedeutet dies, dass auch unangenehme Themen auf den Tisch müssen. Historisch gewachsene Strukturen und vermeintliche Besitzansprüche sind nicht sakrosankt, sondern müssen hinterfragt werden.

Da kommen Themen aufs Tapet für die man sicherlich nicht von allen Seiten Applaus erhält, weil man mitunter liebgewonnene Errungenschaften in Frage stellt.

Gleichzeitig warne ich davor, sich im klein-klein zu verlieren. Dadurch, dass man heimischen Chören die Förderung kürzt oder für Sportvereine die Entgelte für die Nutzung von Sporthallen erhöht, wird man den Kreishaushalt nicht sanieren.

Die Kämmerer und der Landrat werden sich die großen Themen vornehmen müssen:

- UKBS:
Die Übertragung der Anteile des Kreises Unna auf die Kommunen oder auch auf Dritte ist für uns als CDU schon aus ordnungspolitischen Gesichtspunkten kein Tabu. Wohnungsbau ist keine originäre Aufgabe des Kreises und die Ausschüttung der UKBS an den Kreishaushalt ist auch nicht gerade prall.
- VKU:
Das stetig steigende Defizit der VKU ist ein Dauerthema. Hier geht es einerseits um den Nahverkehrsplan – also das was an Leistungen bestellt wird und andererseits um die Strukturen des Unternehmens an sich. Der Nahverkehrsplan wird gerade - auch auf Druck der CDU - auf komplett neue Füße gestellt. Analog zur Funktion der Kreisstraßen sollen sogenannte X-Bus-Linien die Hauptverbindungen zwischen den Städten und Gemeinden sowie den großen Siedlungsschwerpunkten sicherstellen. Alle weiteren Linien sollten die Kommunen selbst bestimmen und über den Betriebskostenschlüssel tragen. Das schafft Transparenz und Kostenbewusstsein. Vor diesem Hintergrund empfehlen wir auch, die Sinnhaftigkeit und Finanzierung der ein oder anderen Radstation auf den Prüfstand zu stellen.
- WFG:
Viele kreisangehörige Kommunen haben eigene Wirtschaftsförderer im Rathaus. Lünen hat mit der WZL gar eine eigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Hier sollen Doppelstrukturen identifiziert und abgebaut werden. Außerdem sollte sich die WFG auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Der Bereich, der unter Fachkräftesicherung firmiert, aber bei Lichte betrachtet nicht viel mehr als die üblichen Beratungs- und Weiterbildungsangeboten bietet, kann genauso gut oder vielleicht sogar effizienter von den vielen Weiterbildungsträgern im Kreisgebiet übernommen werden.

Was die Beteiligungen betrifft verweise ich im Übrigen auf die bestehende Beschlusslage dieses Kreistages vom 14.12.2021 zur strategischen Ausrichtung der VBU und ihrer Tochtergesellschaften sowie das darauf aufsetzende Schreiben der CDU-Kreistagsfraktion an den Landrat, den Beteiligungsdezernenten und die VBU-Gremien vom 14. Juni 2022 – einfach mal in der Kämmererrunde auf den Tisch legen – kann bestimmt nicht schaden.

Weiter geht´s:

- Die Finanzierung der Verbraucherberatung wurde in Zeiten des Stärkungspaktes Stadtfinanzen beginnend mit Schwerte auf den Kreis übertragen. Diese Finanzierung ist aber keine originäre Aufgabe des Kreises Unna und nicht alle kreisangehörigen Kommunen profitieren von der Finanzierung gleichermaßen – darüber sollte zumindest mal gesprochen werden.
- Die Gesundheitshäuser, in dieser Form einzigartig in ganz Deutschland, ein Angebot, das viel Geld kostet, aber keine Nachahmer gefunden hat. Das wird Gründe haben. Die Frage, die zu stellen ist, lautet: „Wenn wir die Gesundheitshäuser nicht hätten, würden wir sie heute einrichten? Die Antwort geben Sie sich bitte selbst.
- Gleiches gilt für die Nebenstellen des Gesundheitsamtes:

Wie notwendig und zeitgemäß sind diese Nebenstellen noch?

- Historisch gewachsen sind die Strukturen und die Finanzierungsströme unter dem Dach der Ökologischen Station des Kreises Unna – Biologische Station, Umweltzentrum Westfalen, Naturförderungsgesellschaft etc. – können die Kämmerer ja auch mal einen Blick drauf werfen.
- Gebühren für die Nutzung kreiseigener Liegenschaften: Haben wir uns auflisten lassen – danke Ferdinand Adam für die Mühe. Das ist sicher kein großer Posten. Es ist aber eine Frage der Gerechtigkeit, wenn einige Städte nichts zahlen, andere aber schon. Hier empfehlen wir insbesondere dem Holzwickeder Kämmerer etwas genauer hinzuschauen.
- Das Kreisjugendamt und die differenzierte Kreisumlage, die unbestritten auf die drei betroffenen Kommunen eine erdrosselnde Wirkung entfaltet. Auch hier sollte man ohne Tabus die verschiedenen Szenarien durchsprechen. Eine Übertragung der Aufgaben des Kreisjugendamtes auf die Kommunen ist möglich. Die CDU-Kreistagsfraktion ist dafür offen. Einfach z. B. im Ennepe-Ruhr-Kreis anfragen, wie dort die Erfahrungen mit diesem Modell sind. Voraussetzung für ein Gelingen ist, nicht nur dass die drei betroffenen Kommunen es wollen, sondern auch dass andere kreisangehörige Städte mitmachen.

Es sind also dicke Bretter zu bohren. Aber nach dem Aufschlag der Kämmerer und der Replik des Landrates, sind die Protagonisten aufgefordert Ergebnisse zu liefern. Also: frisch ans Werk!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Blick auf die Haushalte von Umlageverbänden ist seit jeher mit der Diskussion von Standards verbunden. Gemeinsam mit unseren Schulpolitikern habe ich unlängst die Jakob-Muth-Schule besucht. Ein tolles Gebäude mit einer Ausstattung vom Feinsten. Ein Lernumfeld, das jedem Schüler und jeder Lehrkraft zu gönnen ist. Unlängst war ich zu Gast in meiner ehemaligen Schule, dem städtischen Gymnasium Bergkamen. Und ich habe dort Klassenräume vorgefunden, die sich nahezu in dem Zustand befinden, in dem sie mein Abiturjahrgang im Jahr 1994 verlassen hat. Das hat zum einen etwas damit zu tun, dass die Stadt Bergkamen die Prioritäten falsch setzt – Stichwort IGA 2027 – , aber auch damit, dass schlicht zu wenig Geld vorhanden ist, um bei einem Gebäudekomplex dieser Größe eine ordentliche Sanierung durchzuführen.

Wir müssen künftig noch stärker darauf achten, dass wir uns auf Kreisebene nicht Standards leisten, die man sich vor Ort in den Kommunen schon lange nicht mehr leisten kann.

Darauf zielt auch unser gemeinsamer Antrag mit den Liberalen zur Prüfung der energetischen Standards bei künftigen Bauvorhaben ab. Unser Ansatz ist Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit mit Vernunft und Augenmaß in Einklang zu bringen.

Über die Zustimmungen der anderen Fraktionen und des Landrates freuen wir uns.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nun zum Stellenplan:

Die zehn Kämmerer der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die Gemeindeprüfungsanstalt als auch die CDU-Kreistagsfraktion haben den Stellenaufwuchs in den vergangenen Jahren wiederholt kritisiert.

Und der Stellenplan für das Jahr 2024?

Da errechnet der Kämmerer und Personaldezernent kleiner 7 kreisumlagererelevante Stellenneueinrichtungen. Um einstellig zu bleiben, um die zehn Kämmerer der Städte und Gemeinden und die CDU-Kreistagsfraktion milde zu stimmen, schlägt der Kreiskämmerer vor, das Fallmanagement für besonders benachteiligte Jugendliche in den kreiseigenen Berufskollegs auslaufen zu lassen. In dem Wissen, dass
a) die Stelleninhaber unbefristet eingestellt worden sind und
b) eine Mehrheit dieses Kreistages eine Verlängerung des Projektes beantragen und beschließen wird.

Selbst wenn das Projekt ausgelaufen wäre, hätte man die Stelleninhaber innerhalb der Kreisverwaltung umsetzen müssen. Eine echte Einsparung im Haushalt 2024 hätte es also nicht gegeben.

Sei's drum, unsere Fachpolitiker werden sich mit dem Thema im kommenden Jahr intensiv beschäftigen und eine valide Erfolgskontrolle einfordern.

Wie viele Schüler haben einen Ausbildungsvertrag in der Tasche, wie viele Schüler haben die Ausbildung angetreten und wie viele Schüler sind auch noch nach einem halben Jahr im Ausbildungsbetrieb?

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Kämmerer,

für die CDU-Kreistagsfraktion habe ich in meiner letzten Haushaltsrede Kriterien benannt, die erfüllt sein müssen, damit wir dem Haushalt 2024 zustimmen:

- Keine Finanzierung der Werkstatt im Kreis Unna – erfüllt
- Das Ergreifen von Maßnahmen, die mittelfristig zu einer signifikanten Senkung des Defizits der VKU führen – hier stimmt die Richtung – das habe ich ausgeführt.
- Die mittelfristige Rückführung der Isolation in Höhe von 8,19 Mio. Euro aus dem NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz – festgeschrieben vom Kämmerer in der Mittelfristplanung schon im Jahr 2025 – erfüllt.
- Nullrunde im Stellenplan – nicht erfüllt, aber gerade so – unter Schmerzen – noch im Toleranzbereich.

Unsere Zustimmung zum Haushalt 2024 verbinden wir mit der Erwartung, dass die angestoßenen Veränderungen im Nahverkehrsplan und innerhalb der VKU konsequent verfolgt und umgesetzt werden.

Wir erwarten darüber hinaus, dass die vorgenannten Themen in der Runde der Kämmerer vom Landrat angesprochen und konkrete Vorschläge erarbeitet werden.

Diese müssen der Politik bis zur Sommerpause vorgelegt werden, damit sowohl der Kreistag als auch die Räte der zehn kreisangehörigen Kommunen in die Lage versetzt werden diese zu beraten und in den Haushalt 2025/2026 einfließen zu lassen. Weitere Ideen sind ausdrücklich erwünscht.

Mit Blick auf die 490.000 Euro Planungsmittel, die im Haushalt 2024 etatisiert sind, erwarten wir, dass die Planungen der Westtangente zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in Unna-Königsborn sowie die Planungen des Gefahrenabwehr- und Rettungszentrums im kommenden Haushaltsjahr mit Hochdruck betrieben werden. Wir sind diesbezüglich voller Vertrauen in den neuen Planungs- und Baudezernenten Adrian Kersting.

Unterm Strich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird die CDU-Kreistagsfraktion dem Kreishaushalt 2024 also zustimmen. Wir tun dies in der Erwartung, dass die angesprochenen strukturellen Veränderungen mit Beschluss des Doppelhaushaltes 2025/26 eingeleitet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Dank gilt auch in diesem Jahr dem Kreiskämmerer Mike-Sebastian Janke und dem Leiter des Steuerungsdienstes Ferdinand Adam sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die Erarbeitung des Haushaltsentwurfes 2024.

Die Gesprächskultur zwischen den Fraktionen ist bei allen inhaltlichen Unterschieden sachlich und von gegenseitigem Respekt geprägt. Danke dafür!

Meiner Fraktion danke ich für die gute Zusammenarbeit und das mir entgegengebrachte Vertrauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen im Namen der CDU-Kreistagsfraktion eine besinnliche Adventszeit, ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Neue Jahr 2024 verbunden mit dem Wunsch nach Frieden in der Ukraine und in Nahost.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!